Steuerzahler will mit
Nichtzulassungs-
beschwerde die
Revision erzwingen

► Außergewöhnliche Belastung

FG Münster lehnt steuerliche Absetzung der Kosten für Rücken- training ab – nun entscheidet der BFH

| Sind Aufwendungen für ein Ortho-Training, für nicht verschreibungspflichtige Medikamente und für die Ausstellung eines Schwerbehindertenausweises als außergewöhnliche Belastungen absetzbar? Mit dieser Frage muss sich der Bundesfinanzhof in einer Nichtzulassungsbeschwerde eines Steuerzahlers befassen (Az. VI B 12/22). |

Das Finanzgericht (FG) Münster hat in der Vorinstanz die Aufwendungen mangels entsprechender ärztlicher Verordnungen nicht anerkannt (Urteil vom 17.01.2022, Az. 9 K 1471/20 E, Abruf-Nr. 228066). Die Argumente des Steuerzahlers ließ es nicht gelten. Der Steuerzahler hatte erklärt,

- bei den Kosten für Medikamente handele es sich auch ohne Vorliegen entsprechender ärztlicher Verordnungen um ständig erforderliche Einkäufe, die nicht nur gelegentlich – und damit zwangsläufig – seien und
- die Aufwendungen für das „Ortho-Training“ seien ebenfalls zwangsläufig, dies ergebe sich aus dem vorgelegten fachärztlichen Gutachten sowie aus der amtsärztlichen Bescheinigung.

► Lohnabrechnung

Arbeitslohnspende für vom Krieg in der Ukraine Betroffene

| Das Bundesfinanzministerium (BMF) hat die Details bei der Entgeltabrechnung für Arbeitslohnspenden zugunsten der vom Krieg in der Ukraine Betroffenen geregelt. Demnach fällt für den gespendeten Betrag keine Lohnsteuer an, allerdings sind Sozialabgaben zu zahlen (BMF, Schreiben vom 17.03.2022, Az. IV C 4 - S 2223/19/10003 :013, Abruf-Nr. 228132). |

Verzichten Arbeitnehmer auf Teile des Arbeitslohns oder eines angesammelten Wertguthabens, damit der Arbeitgeber den Betrag

- a) zugunsten einer steuerfreien Beihilfe und Unterstützung an vom Ukraine-Krieg geschädigte Arbeitnehmer des Unternehmens (oder von mit dem Arbeitgeber verbundene Unternehmen im Sinne von § 15 AktG) oder Arbeitnehmer von Geschäftspartnern oder
- b) auf ein Spendenkonto einer spendenempfangsberechtigten Einrichtung überweist,

werden diese Lohnanteile nicht als Arbeitslohn versteuert. Dazu muss der Arbeitgeber die Verwendungsaufgabe erfüllen und dies dokumentieren. Er muss diese Lohnanteile im Lohnkonto aufzeichnen oder eine schriftliche Bestätigung des Arbeitnehmers über den Lohnverzicht zu den Akten nehmen. In der **Lohnsteuerbescheinigung** ist der steuerfreie Lohn nicht auszuweisen. Der Arbeitnehmer kann die Arbeitslohnspende nicht als Sonderausgabe abziehen. In der **Sozialversicherung** bleibt der einbehaltene Arbeitslohn sozialversicherungsrechtliches Entgelt. Der Arbeitgeber muss also trotz der Arbeitslohnspende die Sozialabgaben aus dem gesamten Arbeitsentgelt berechnen.

Keine Lohnsteuer,
aber Sozialabgaben